SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Die innenpolitische Rolle des Militärs im subsaharischen Afrika

Basedau, Matthias

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Basedau, M. (2008). *Die innenpolitische Rolle des Militärs im subsaharischen Afrika.* (GIGA Focus Afrika). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Afrika-Studien. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-274018

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Comercial-NoDerivatives). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Afrika-Studien

Nummer 12
2008
4,- Euro
ISSN 1862-3603

AFRIKA

Die innenpolitische Rolle des Militärs im subsaharischen Afrika

Matthias Basedau

Militärputsche wie in Mauretanien im April 2008 und Meutereien unzufriedener Soldaten wie in Guinea-Bissau im November sind inzwischen eher seltene Ereignisse im subsaharischen Afrika. Zwar waren Militärputsche und Militärregime lange ein typisches Kennzeichen der Politik in vielen subsaharischen Staaten, doch die Häufigkeit von Militärputschen ist seit 1990 deutlich zurückgegangen. Reine Militärregime sind fast vollständig verschwunden. Selbst nach erfolgreichen Staatsstreichen beeilen sich die neuen Machthaber, Wahlen anzukündigen und die Regierung zu rezivilisieren. Dennoch bleibt das Militär durch weniger sichtbare Einflussnahme weiterhin ein wichtiger politischer Akteur.

Analyse:

- Im subsaharischen Afrika werden zurzeit 19 Staaten von Machthabern mit militärischem Hintergrund regiert. Zumeist sind sie durch Putsch oder Rebellion an die Macht gekommen, und trotz nachträglicher Wahlen sind sie nicht hinreichend demokratisch legitimiert.
- Darüber hinaus gibt es politische Einflussmöglichkeiten, die weniger spektakulär sind als Militärputsche und Militärregierungen: Militärs sind oft zentrale Machtstützen von Machthabern, denen sie bisweilen durch engste Komplizenschaft bei illegalen wirtschaftlichen Aktivitäten besonders verbunden sind.
- Die Auswirkungen von Militärherrschaft und anderen Interventionen des Militärs auf politische Stabilität und Demokratie sind überwiegend negativ. Ein starker Einfluss des Militärs steht oft im Zusammenhang mit Demokratiedefiziten und gewaltsamen Konflikten.
- Die Stärkung der „professionellen Neutralität“ des Militärs in Afrika muss an den Ursachen von Militärinterventionen ansetzen. Korruption, Wirtschafts- und Politikkrisen sowie Spannungen zwischen Identitätsgruppen sind häufig die tieferen Ursachen, Anlass oder auch nur Vorwand für Interventionen des Militärs.
- Nicht zuletzt ist die ordentliche Bezahlung und professionelle Ausbildung der Streitkräfte ebenso wichtig wie die Einrichtung einer effektiven zivilen Kontrolle über die Streitkräfte. Letztlich muss eine „professionelle“ Haltung des Militärs aber von diesem selbst ausgehen.

Schlagwörter: Militärputsch, Militärregime, autoritäre Regime

1. Die Macht der Gewehre

Die Geschichte des unabhängigen subsaharischen Afrika ist auch eine Geschichte von Militärputschen und Militärherrschaft. Das afrikanische Militär beziehungsweise die staatlichen Sicherheitskräfte haben sich selten auf ihre idealtypische und eigentliche Funktion, nämlich die Wahrung der äußeren (und inneren) Sicherheit eines Staates, reduzieren lassen. Die eigentlichen „Wächter" waren selbst oft schwer zu „bewachen". Sie haben von ihren singulären Machtressourcen – der Verfügung über Waffen – großzügig Gebrauch gemacht. Zwischen 1956 und 2001 fanden nicht weniger als 80 Putsche und 108 Putschversuche statt (McGowan 2003). 18 Staaten erlebten mehrfach Coup d'États. Benin, Burkina Faso und Nigeria führen mit jeweils sechs Staatsstreichen. Lediglich fünf Länder – Botswana, Kapverden, Mauritius, Namibia und Südafrika – gelten als vollständig frei von Interventionen des staatlichen Militärs in der Innenpolitik. Noch kurz vor den politischen Umwälzungen 1990 konnten rund elf Staaten auf die eine oder andere Weise als Militärregime bezeichnet werden (Bratton/van de Walle 1997: 79) – der häufigste Typus nach den Ein-Partei-Regimen, von denen viele (z. B. Äthiopien, Benin, Mali, Niger und Somalia) überdies selbst aus Militärputschen hervorgegangen sind.

2. Rückläufige Militärinterventionen

Sonnenbrillen und Tarnuniformen – die Insignien des afrikanischen Putschisten und Militärdiktators – sind als Accessoires afrikanischer Staatschefs jedoch anscheinend aus der Mode gekommen. Der Rückgang der politischen Rolle des Militärs im subsaharischen Afrika insgesamt lässt sich anhand einer Reihe von Fakten illustrieren: Der jüngste Militärputsch in Mauretanien (Bahrenberg/Richter 2008) und die Meuterei in Guinea-Bissau im November 2008 sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Trend eindeutig rückläufig ist (siehe Abbildung 1). Während seit 1990 lediglich 17 Militärputsche erfolgreich waren, ereigneten sich davor im Zeitraum 1971-1990 42 solcher Staatsstreiche. Der Höhepunkt lag im Jahr 1966, als acht Militärputsche Erfolg hatten.

Insbesondere seit 2000 ist die Häufigkeit der Militärputsche stark zurückgegangen. Seither gab es nur noch fünf gelungene Staatsstreiche durch die Sicherheitskräfte, und zwar in der Zentralafrikanischen Republik (ZAR) und Guinea-Bissau (jeweils 2003) sowie in Mauretanien (2005 und 2008). In der Demokratischen Republik Kongo (DRK) kam es nach der Ermordung von Laurent Kabila 2001 zwar zu einem gewaltsamen Machtwechsel – auf dessen Sohn Joseph –, der Vorfall zählt aber nicht zu den klassischen Formen des Militärputsches.

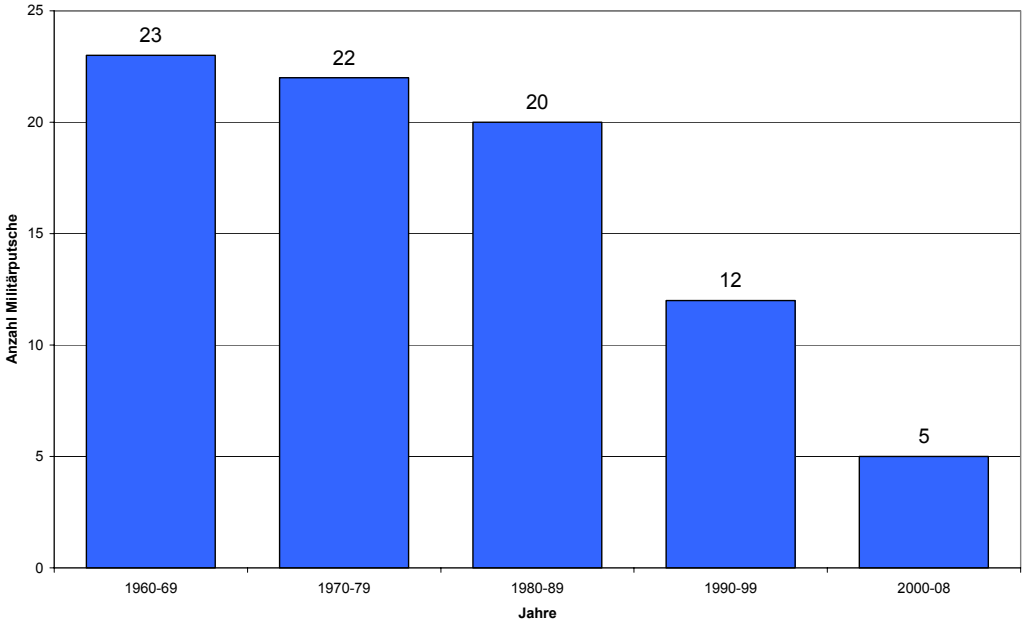
Militärregime sind als Spezies sogar vom Aussterben bedroht. In Ländern wie etwa Benin, Ghana, Nigeria oder Sierra Leone, die früher berüchtigt für ihre Militärdiktaturen waren, regieren nun zivile Führer. Im strengen Sinne – das heißt, Militärs herrschen ganz ohne eine (Schein-)Legitimation durch Wahlen – können zurzeit nur Eritrea und Mauretanien als Militärregime bezeichnet werden. In Mauretanien haben sich die neuen Machthaber gleichwohl beeilt, eine sofortige Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen und Wahlen anzukündigen. Dies ist ein kontinentweites Muster. In der Vergangenheit jedoch begriffen sich Militärregime häufig nicht nur als Übergangsregierungen und verzichteten oft auf Urnengänge. Mit der letztlich wohl einzigen Ausnahme Eritrea streben aber alle Militärherrscher nun wenigstens eine formale Legitimierung durch Wahlen an.

Dies korrespondiert mit dem Triumphzug von – allerdings teilweise auch autoritären – Mehrparteiensystemen im gesamten subsaharischen Afrika (Erdmann/Soest 2008). Während 1989 nur fünf Länder als Mehrparteiensysteme galten, hat sich das Bild 2008 umgekehrt. Nachdem nun sogar in der DRK oder Uganda Mehrparteienwahlen abgehalten wurden, verbleiben nur Eritrea, Somalia und Swasiland, in denen der Wettbewerb mehrerer Parteien verboten wurde oder aufgrund von Staatszerfall nicht möglich ist. Dieser Trend hat auch internationale Gründe. Militärregime werden seit 1990 nicht nur vom Westen kaum mehr anerkannt, auch die Afrikanische Union (AU) verhält sich relativ konsequent. Putschisten und andere gewaltsam an die Macht gekommene Potentaten werden im Kreise der AU nicht geduldet und so lange suspendiert, bis Mehrparteienwahlen stattgefunden haben oder zumindest angekündigt wurden (Hartmann 2005).

3. Die Rolle des Militärs

Dieser eindeutige Trend darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Militär weiterhin eine wichtige Rolle in der Politik des subsaharischen Afrika spielt. Zunächst gehört die Region neben Südasien

Abbildung 1: Militärputsche im subsaharischen Afrika 1960-2008



Quelle: Zusammenstellung des Autors.

(z. B. Pakistan) und Südostasien (z. B. Thailand) weiter zu den Regionen, in denen es überhaupt zu Militärputschen kommt (Köllner 2008). In Lateinamerika, einst ebenso berüchtigt für „Golpe" und „Pronunciamento", wie die Staatsstreiche der Militärs genannt wurden, gibt es so gut wie keine Staatsstreiche des Militärs mehr. Der Einfluss im subsaharischen Afrika ist also nicht verschwunden, sondern lediglich verringert.

Dies lässt sich auch veranschaulichen, wenn man diejenigen Staatschefs zählt, die sowohl einen militärischen Hintergrund haben als auch ursprünglich gewaltsam an die Macht kamen (und danach ununterbrochen weiterregierten). Ihre Zahl sank zwar von 24 im Jahr 1988 auf 19 Fälle 1998, beträgt aber 2008 immer noch 13 (siehe Tabelle 1).

Fragt man unabhängig von der Art des Machtzugangs – gewaltsam oder nicht – nach dem militärischen Hintergrund des Staatschefs, dann steigt die gegenwärtige Zahl trotz eines auch hier festzustellenden Abwärtstrends auf 19 Staaten (1988: 24; 1998: 20). Diese „Präsidentengeneräle" (Bergstresser 2006) sind freilich nicht alle gewaltsam an die Macht gekommen. In der langjährigen Demokratie Botswana wurde dem früheren Armeechef Ian Khama völlig verfassungskonform das Amt übertragen, nachdem der Vorgänger zurückgetreten war. In Guinea-Bissau, Mali, Niger und Tansania gelangten die Präsidenten Bernardo Vieira (zuletzt 2005), Amadou Toumani Touré („ATT", 2002), Mamadou Tandja (1999) und Jakaya Kikwete (2005) in demokratischer Wahl weitgehend regulär ins Amt. Der malische „ATT" hatte bereits 1991 gegen den Diktator Traoré (selbst durch Putsch an die Macht gelangt) geputscht, damals aber demokratische Wahlen vorbereitet und sich dann jahrelang aus der Politik zurückgezogen. Der jetzige Präsident Guinea-Bissaus, Bernardo Vieira (Putsch 1980), war zwischenzeitlich abgewählt worden und gelangte erst 2005 wieder über Wahlen ins höchste Staatsamt.

Die verbleibenden 13 Staatschefs gelangten auf weniger demokratische Weise an die Macht. Siegreich aus Bürgerkriegen gingen die jetzigen Machthaber aus Eritrea, Kongo-Brazzaville, Ruanda und Uganda hervor. Der klassische Putsch ist die Machtquelle der jetzigen Staatschefs von Äquatorial-Guinea, Burkina Faso, Gambia, Guinea, Sudan und Tschad. Der äquatorialguineische Präsident Obiang Nguema und der burkinische Blaise Compoaré schreckten dabei auch nicht davor zurück, ihre Vorgänger zu ermorden.

Bisweilen gibt es auch Klassifizierungsprobleme: In der ZAR gelangte Präsident Bozizé in einer Mischung aus Putsch und Rebellion an die Herrschaft. Nachdem ein Putschversuch gescheitert war und Bozizé fliehen konnte, nahm er im März 2003 handstreichartig die Hauptstadt ein. In der DRK und Togo ist der gewaltsame Hintergrund indirekter Natur. In beiden Fällen gelangten die Söhne der ermordeten bzw. verstorbenen Vorgän-

Tabelle 1: Staatschefs mit militärischem Hintergrund in Afrika Ende 2008

Land	Präsident	Art des letzten Machtzugangs (ggf. vorheriger Machtzugang)	Demokratiestatus (BTI[1]/FH[2])	Gegenwärtige Gewaltkonflikte (AKUF[3])
Äquatorial-Guinea	Teodoro Obiang Nguema	Putsch 1979 (Ermordung des Vorgängers)	nicht demokratisch	nein
Botswana	Ian Khama	Verfassungsmäßige Amtsübergabe durch Vorgänger 2008	demokratisch	nein
Burkina Faso	Blaise Compoaré	Putsch 1987 (Ermordung des Vorgängers)	teilweise demokratisch	nein
DRK	Joseph Kabila	Nachfolger des ermordeten Vaters 2001	nicht demokratisch	ja
Eritrea	Isaias Afewerki	Sieg in Bürgerkrieg 1991, Unabhängigkeit von Eritrea 1993	nicht demokratisch	nein
Kongo-Brazzaville	Denis Sassou-Nguesso	Sieg in Bürgerkrieg 1997 (Putsch 1979)	nicht demokratisch	ja
Gambia	Yayha Jammeh	Putsch 1994	teilweise demokratisch	nein
Guinea	Lansana Conté	Putsch 1984	nicht demokratisch	nein
Guinea-Bissau	Bernardo Vieira	Wahlen 2005 (Putsch 1980)	teilweise demokratisch	nein
Mali	Amadou Toumani Touré	Wahlen 2002 (Putsch 1991)	weitgehend demokratisch	ja
Niger	Tandja Mamadou	Wahlen 1999	teilweise demokratisch	ja
Mauretanien	Mohamed Ould Abdelaziz	Putsch 2008	(teilweise demokratisch)	nein
Ruanda	Paul Kagame	Sieg in Bürgerkrieg 1994	nicht demokratisch	nein
Sudan	Omar Baschir	Putsch 1989	nicht demokratisch	ja
Togo	Faure Gnassingbé	Nachfolger des verstorbenen Vaters 2005	teilweise demokratisch	nein
Tschad	Idriss Déby Itno	Putsch 1990	nicht demokratisch	ja
Tansania	Jakaya Kikwete	Wahlen 2005	teilweise demokratisch	nein
Uganda	Yoweri Museveni	Sieg in Bürgerkrieg 1986	teilweise demokratisch	ja
ZAR	François Bozizé	Putsch/Rebellion 2003	teilweise demokratisch	ja

[1] Bertelsmann Transformation Index.
[2] Freedom House.
[3] Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung.

Quelle: Zusammenstellung des Verfassers.

gerstaatschefs – die wiederum gewaltsam an die Macht gekommen waren – quasi per Erbfolge an die Macht.

Die geringere Zahl von Putschen und Präsidentengenerälen darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Militär oder die staatlichen Sicherheitskräfte generell zahlreiche weitere Einflussmöglichkeiten besitzen, die jedoch weniger sichtbar sind als Militärregime und Staatstreiche. Samuel Finer (1962) hat bereits darauf hingewiesen, dass Militärs eine ganze Reihe von Einflussmöglichkeiten offenstehen, deren gemeinsame Quelle die oben genannte Verfügung des Militärs über drastische Machtmittel ist. Wer über Waffen verfügt, braucht diese nicht notwendigerweise einzusetzen, ein kleiner diskreter „Hinweis" oder ein öffentlicher „Ratschlag" an die Regierung genügt. Insbesondere wenn die Macht der Regierung durch Unruhen oder bewaffnete Rebellionen gefährdet ist, kann das Verhalten des Militärs den Ausschlag geben. In Malawi stürzte der langjährige Tyrann Hastings Banda zu Anfang der 1990er Jahre, nachdem das Militär ihn fallengelas-

sen hatte. Umgekehrt haben viele Potentaten ihre Macht auch deshalb erhalten können, weil das Militär in kritischen Situationen loyal blieb.

Oft wird das Militär deshalb präventiv ruhiggestellt, indem nicht nur die Bezahlung regelmäßig und üppig ausfällt, sondern der Militärführung auch andere Wege der Bereicherung eröffnet werden. Die Wahrnehmung ökonomischer Interessen durch Militärs ist ein zentraler Aspekt der Einflussnahme und hat starke politische Implikationen. „Soldiers in business" (Paes/Brömmelhörster 2003) sind ein keineswegs seltenes Phänomen. Bisweilen sind die Offiziere weitgehend legal in der Privatwirtschaft tätig – der ehemalige nigerianische Präsident Olesegun Obasanjo etwa macht seine Geschäfte unter anderem mit Hühnerfarmen. Häufig nutzen Militärs ihre politischen Verbindungen zu fragwürdigen lukrativen Nebenverdiensten und werden damit zu „partners in crime" der Regierenden, die sie auch deshalb unterstützen. Offenbar haben ruandische und ugandische Militärs die Gelegenheit zum illegalen Handel mit natürlichen Ressourcen wie Coltan oder Diamanten genutzt, als ihre Truppen in der DRK operierten. Politisch besonders brisant sind die Verbindungen in die heimische Geschäftswelt. In Angola gehören auch höhere Generäle zur Entourage des (zivilen) Präsidenten Eduardo Dos Santos, die sich an reichhaltigen Einkünften aus dem boomenden Erdölsektor delektiert. In Simbabwe wird den ansonsten eher unauffälligen Generälen reges Interesse am Machterhalt von Robert Mugabe unterstellt, da sie in etliche illegale und ertragreiche Geschäftsaktivitäten verstrickt sind. Eine neue Regierung könnte den Geldfluss zum Versiegen bringen oder die Militärs mit Strafverfahren überziehen. Gerüchte besagen, dass deshalb simbabwische Offiziere den nach den Wahlen im Frühjahr 2008 eigentlich abdankungswilligen Mugabe vom Rücktritt abgehalten haben.

4. Negative Auswirkungen

Der genaue Umfang dieser weniger sichtbaren Interventionen ist schwer festzustellen. Insgesamt sind die Auswirkungen auf Demokratie und Stabilität – sowie letztlich auf die Entwicklung – jedoch überwiegend als negativ einzuschätzen.

Zwar sind nicht alle Militärs geborene Autokraten, der Fall Mali zeigt auch den „demokratischen Soldaten". Auch genießen die meisten Militärs zunächst einen erheblichen Vertrauensvorsprung bei zumindest einem Teil der Bevölkerung. In den Umfragen des Afrobarometers und des GIGA Instituts für Afrika-Studien gehören sie stets zu denjenigen Institutionen, denen am meisten vertraut wird. Regelmäßig schneiden sie besser ab als Gerichte, Parlamente und politische Parteien. Dies spiegelt freilich häufig die Enttäuschung der Bevölkerung über die zivilen Parteipolitiker wider. Vollmundige Ankündigungen der Militärs, die Korruption zu bekämpfen und „echte Demokratie" einzuführen, degenerieren jedoch in aller Regel in autokratische und korrupte Regierungen, die ihren zivilen Gegenstücken in nichts nachstehen oder wie die Militärdiktatur Sani Abachas in Nigeria (1993-1998) eine drastische Zunahme an Menschenrechtsverletzungen und Korruption mit sich bringen.

Letztlich stehen nicht nur Putsch und Militärherrschaft, sondern auch die weitere Einflussnahme des Militärs im grundlegenden Widerspruch zu demokratischen Prinzipien. Dies kann daran abgelesen werden, dass von den 13 gewaltsam an die Macht gelangten Militärherrschern keiner über ein Land regiert, dass von Freedom House oder dem Bertelsmann Transformation Index (BTI) als demokratisch eingestuft wird (Bertelsmann-Stiftung 2008; Freedom House 2008). Bestenfalls haben die Exputschisten wie in Burkina Faso oder Gambia eine gewisse Liberalisierung eingeleitet. Auffällig ist, dass von den im subsaharischen Afrika von Freedom House als „nicht frei" eingestuften 14 Ländern acht zu den von Militärs beherrschten gehören.

Militärputsche und Militärherrschaft wirken sich tendenziell auch negativ auf politische Stabilität und Frieden aus. Militärherrschaft gilt weltweit als die instabilste Form autoritärer Herrschaft (Hadenius/Teorell 2007) – nicht zuletzt, weil Militärregime selbst häufig Opfer von Militärputschen werden. Bisweilen sind Putschversuche des Militärs der Startschuss für die Explosion von Gewalt. Die Putschversuche in Burundi und der Côte d'Ivoire 1993 und 1999 waren der Auftakt für blutige Bürgerkriege. Auch wenn Militärputsch oder -einflussnahme nicht notwendigerweise die Ursachen aller Gewaltkonflikte sind, fällt auf, dass die meisten der stark eskalierten Gewaltkonflikte in von Militärs regierten Ländern statt finden. Unter den zehn von der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) im Jahre 2007 identifizierten stark eskalierten Gewaltkonflikten ereigneten sich acht in diesen Ländern (siehe Tabelle 1).

Militärherrschaft hat in Afrika auch fast nirgends zur Verbesserung der Regierungsführung

und zu mehr Entwicklung geführt. „Militärentwicklungsdiktaturen“ wie die historischen Beispiele Südkorea und Taiwan in Ostasien sind in Afrika nicht zu finden. Die besten Entwicklungsleistungen haben in Afrika Länder wie Botswana und Mauritius gezeigt, die vorwiegend oder ausschließlich von zivilen Politikern regiert wurden. Diesem Ideal kommt allenfalls Ghana vielleicht entfernt nahe, das sich zwar im Wesentlichen zivilisiert und demokratisiert hat, aber auch noch keine größeren Entwicklungserfolge als andere afrikanischen Länder aufweisen kann. Ruanda, sofern man es als rezivilisiertes Militärregime begreift, kann zwar eine vergleichsweise gute Regierungsführung vorweisen, aber die übrigen Staaten mit demokratisch nicht legitimierten zivilen Militärherrschern sind besonders gering entwickelt. Selbst im erdölreichen Äquatorial-Guinea, in dem ein relativ hohes Pro-Kopf-Einkommen erzielt wird, kommen die Petrodollars bei der Bevölkerung nicht an.

5. Zivile Kontrolle des Militärs

Auch wenn verfassungsgemäß an die Macht gelangte Militärs ein geringeres Problem darstellen, so bestehen insgesamt wenige Zweifel, dass es wünschenswert ist, den Einfluss des Militärs in der Politik zu verringern. Jeder Versuch, die Kontrolle über das staatliche Militär zu optimieren, sollte an den Ursachen der politischen Einflussnahme des Militärs ansetzen. Eine Hauptursache ist eine historische Politisierungs- und Putschtradition, die oft durch erfolgreiche Putsche in Nachbarländern zusätzlich gefördert wurde. Ist dieser Ungeist einmal aus der Flasche entwichen, lässt er sich schwer wieder einfangen. Daneben sollten aber die jeweiligen Interessen und Motivationen der Streitkräfte und der Kontext beachtet werden (Basedau 2003: 331 ff.). Grundsätzlich gibt es auf der Motivations- und Interessenebene vier verschiedene Möglichkeiten, wobei Mischmotivationen die Regel sein dürften:

- Ein *organisationsspezifisches* Interesse des Militärs besteht zunächst in einer zufriedenstellenden materiellen Ausstattung und Zukunftsperspektive (regelmäßige Soldzahlungen, Art der Unterbringung, Qualität und Umfang des technischen Gerätes, Beförderungschancen, Weiterbeschäftigung). Die aufgrund ausbleibender Soldzahlungen, drohender Demobilisierung oder anderer materieller Defizite erfolgende Meuterei, aus der bisweilen Staatsstreiche hervorgehen (z. B. Sao Tomé 1995 und 2003), kann nachgerade als subsaharische Besonderheit bezeichnet werden.
- Darüber hinausgehende genuin *gesamtgesellschaftlich-politische Motive* können die Beseitigung als unfähig oder unverantwortlich angesehener Politiker, die Wahrung der territorialen Integrität des Landes oder die „Wacht“ über eine spezifische nationale Ideologie umfassen. Hierzu kann durchaus auch die prodemokratische Motivation gezählt werden, wie das oben genannte Beispiel Mali zeigt.
- Politische Interessen sind auch in einer *partikularistischen* Variante möglich, falls sich das Militär oder Teile davon als Interessenvertreter eines Segmentes der Gesellschaft begreifen (wie Identitätsgruppen, politische Parteien und Schichten, unter Umständen auch auswärtige Mächte oder transnationale Konzerne). Besonders problematisch dürfte sein, wenn es sich dabei um eine ethnische oder religiöse Gruppe handelt wie im Sudan und in Togo oder in der Vergangenheit in Burundi und Nigeria.
- Schließlich sind *persönliche Ambitionen* einzelner Angehöriger der Streitkräfte – meist höherer Offiziere – nie auszuschließen. Das Streben nach Macht, Reichtum und Ansehen gehört zu den zentralen menschlichen Antrieben. Der Nachweis einer solchen Motivation ist nicht ohne weiteres möglich, da Putschisten stets bestrebt sind, ihr Verhalten als moralisch integer darzustellen und meist gesamtgesellschaftliche Verantwortung (etwa Entwicklung oder Korruption der Elite) als Ursachen ihrer Einflussnahme anführen. Möglicherweise sind persönliche Ambitionen aber durch das Verhalten *nach* der Intervention zu erkennen. Wird eine Selbstbeförderung vorgenommen – eine bewährte Übung – oder wird trotz ursprünglich anderer Aussage an der Macht festgehalten oder wird dies versucht, kann auch von einer persönlich induzierten Interessenlage ausgegangen werden.

Bei den Kontexten ist zwischen der Situation *vor* der politischen Intervention des Militärs und *danach* zu unterscheiden. Für den *Kontext vor der Intervention* sind vor allem die ökonomische Situation, politische Krisen, das Verhalten der Eliten oder die Regierungsleistung und die Qualität der Beziehungen zwischen ethnischen und religiösen Identitätsgruppen relevant. Diese Merkmale korrespondieren mit Ausnahme der persönlichen

Ambitionen unmittelbar mit den oben angeführten unterschiedlichen Motivationslagen: Eine schlechte ökonomische Situation und, damit zusammenhängend, ausbleibende Soldzahlungen können die (organisationsspezifische) Unzufriedenheit im Militär erhöhen, gesamtgesellschaftliche Motivationslagen können durch eine ökonomische oder politische Krise, korrupte und unverantwortliche Politiker hervorgerufen werden. Droht im Rahmen von Demokratisierungsprozessen der Machtverlust einer Identitätsgruppe – Beispiele sind Burundi und Nigeria 1993 –, dann können partikularistische Interessen im Militär die Folge sein.

Erfolg oder Scheitern eines Militärputsches werden durch die nationalen und internationalen Reaktionen auf die Intervention des Militärs bestimmt; diese können aus vier Richtungen kommen:

- Zunächst sind die Reaktionen aus dem Militär selbst zu beachten. Bisweilen finden sich loyale Truppen bereit, den Putsch niederzuschlagen.
- Auch das Verhalten interner gesellschaftlicher und politischer Akteure ist von Relevanz. Dabei reicht die Palette der Handlungsoptionen von Verweigerung und Protesten über Generalstreik bis zur gewaltsamen Erhebung.
- Regionale Akteure wie die AU können auf Optionen wie Proteste, diplomatische und wirtschaftliche Sanktionen oder Unterstützung der Putschisten zurückgreifen.
- Schließlich sind die Reaktionen internationaler Geber und Handelspartner zu nennen, wobei deren Verhalten oder die politische Konditionierung von Zuwendungen angesichts erheblicher Abhängigkeiten im subsaharischen Afrika von erhöhter Bedeutung sind.

Ein Blick auf die Putsche im subsaharischen Afrika zeigt, dass bei der Interventionsmotivation gesamtgesellschaftliche Verantwortlichkeiten eine eher untergeordnete Rolle spielen. Ethnisch-partikularistische und persönliche Interessen- überwiegen. Darüber hinaus wird organisationsspezifische Unzufriedenheit zusätzlich durch materielle Defizite beim Militär genährt. Der gesellschaftliche Kontext – der das Verhalten des Militärs jedoch keineswegs determiniert – besteht häufig in politischen und sozioökonomischen Krisen, Defiziten der Eliten und interethnischen Spannungen.

Unter den Reaktionen auf die Interventionsversuche ist das Verhalten anderer Teile des Militärs am wirksamsten. Gewisse Wirkungen erzielen die politische Konditionalität westlicher Geber und der AU. Der externe Druck beider Akteure hat die Zahl der Militärputsche verringert und Militärherrschaft im Grunde auf ein Übergangsphänomen reduziert. Einschränkend ist hierbei jedoch zu bemerken, dass dieser Druck zwar fast immer zu Wahlen und Rezivilisierung führt, aber nur selten eine substanzielle (Re-)Demokratisierung bedeutet.

6. Politische Schlussfolgerungen

Welche Schlussfolgerungen legen diese Befunde für die Herstellung einer nachhaltigen zivilen Kontrolle über das Militär nahe? In institutioneller Hinsicht kommt eine Reihe von Maßnahmen in Frage, um das Primat der Politik über die Streitkräfte sicherzustellen. Dazu gehören zivile Verteidigungsminister und parlamentarische Kontrollausschüsse, aber auch Reformen bei Ausbildung und Rekrutierung sowie bei der Besetzung der Armeeführung. Einer Ethnisierung der Streitkräfte kann durch eine ausgewogene Rekrutierungspolitik begegnet werden. Hierbei ist ebenso Fingerspitzengefühl gefragt wie bei Reformen an der Spitze der Streitkräfte. Angekündigte Veränderungen bei der Armeeführung – wie zuletzt in Mauretanien – sind oft erst der Anlass für ein Eingreifen des Militärs. Letzten Endes gehört zu solchen Politiken auch eine angemessene materielle Versorgung. Der Unzufriedenheit von Mannschaften und Offizieren lässt sich durch regelmäßige und angemessene Bezahlung sowie (moderne) Ausrüstung („the latest toys to play with“) entgegenwirken, womit möglicherweise auch die Erfüllung ureigener Aufgaben wie der Landesverteidigung besser gewährleistet ist.

Das Ausland oder Deutschland kann Reformen des Sicherheitssektors in den Ländern selbst unterstützen. Dies ist unter Umständen ein Ansatz, der in der Entwicklungszusammenarbeit (aus verständlichen Gründen) bislang nur zögerlich aufgegriffen wird. Unerlässlich bleibt natürlich eine angemessen harte Haltung gegenüber Militärregimen und Putschisten. Hier bleibt zu hoffen, dass keine kurzfristigen Überlegungen in Bezug auf das „kleinere Übel“, das Primat der Stabilität, oder Rivalitäten darüber triumphieren.

Eine verantwortungsvolle und an Entwicklung orientierte Regierungsführung kann ebenfalls den politischen Einfluss des Militärs mindern, da so Vorwände für einen Putsch entfallen. Dies verweist darauf, dass die Kontrolle des Militärs und jede Re-

form des Sicherheitssektors nicht isoliert betrachtet und bearbeitet werden dürfen – und zugleich, dass es kein einfaches Patentrezept dagegen gibt. Letztlich kommt es darauf an, dass die Militärs freiwillig selbst das an den Tag legen, was unter einem „professionellen Geist" verstanden wird (Janowitz 1960): sich als Diener des Staates und der Bevölkerung zu begreifen, die für deren Schutz zu sorgen, sich aber ansonsten aus der Politik herauszuhalten haben.

Literatur

Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF), www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/Ipw/Akuf/index.htm.

Basedau, Matthias (2003): Erfolgsbedingungen von Demokratie im subsaharischen Afrika. Ein Vergleich ausgewählter Länder, Opladen.

Bergstresser, Heinrich (2006): Präsidentengenerähle – viele re-zivilisierte Militärs in Afrika an der Macht, in: Eins – Entwicklungspolitik, Information Nord-Süd, Nr. 10, S. 26-32.

Bratton, Michael / van de Walle, Nicolas (1997): Democratic Experiments in Africa. Regime Transition in Comparative Perspective, Cambridge.

Brömmelhörster, Jörn/Paes, Wolf-Christian (2003) (Hg.): The Military as an Economic Actor. Soldiers in Business, Houndsmill.

Bertelsmann-Stiftung (2008) (Hg.): Bertelsmann Transformation Index 2008. Political Management in International Comparison, Gütersloh (siehe auch www.bertelsmann-transformation-index.de).

Clark, John F. (2007): The Decline of the African Military Coup, in: Journal of Democracy, 18,3, S. 141-155.

Erdmann, Gero/von Soest, Christian (2008): Diktatur in Afrika, GIGA Focus Afrika, Nr. 8.

Finer, Samuel E. (1962): The Man on Horseback: The Role of the Military in Politics, London.

Freedom House (2008): www.freedomhouse.org (Zugriff am 14.12.2008).

Hadenius, Axel/Teorell, Jan (2007): Pathways from Authoritarianism, in: Journal of Democracy, 18,1, S.143-156.

Hartmann, Christof (2005): Demokratie als Leitbild der afrikanischen Staatengemeinschaft? Zur Theorie und Praxis demokratischer Schutzklauseln in der Afrikanischen Union, in: Verfassung und Recht in Übersee, Nr. 38, S. 201-220.

Janowitz, Morris (1960): Professional Soldier: A Social and Political Portrait, Morris Glencoe.

Köllner, Patrick (2008): Autoritäre Regime – keine weltweit aussterbende Gattung, sondern eine wachsende Herausforderung, GIGA Focus Global, Nr. 6.

McGowan, Patrick J. (2003): African military coup d'etats 1956-2001: frequency, trends and distribution, in: Journal of Modern African Studies, 41,3, S. 339-370.

Der Autor

Dr. Matthias Basedau ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Institut für Afrika-Studien und Leiter des GIGA-Forschungsschwerpunktes 2 „Gewalt, Macht und Sicherheit“.
E-Mail: basedau@giga-hamburg.de, Website: http://staff.giga-hamburg.de/basedau.

Der Autor dankt Sarah Heinlin, Ilka Räbiger und Alexander Stroh für wertvolle Unterstützung bei der Erstellung des Beitrags.

Gegenwärtige Forschung am GIGA zum Thema

Dr. Nicole Hirt bearbeitet seit August 2008 in einem von der Fritz-Thyssen-Stiftung finanzierten Projekt „Die strukturellen Folgen der Militarisierung der eritreischen Gesellschaft“.

GIGA-Publikationen zum Thema

Bahrenberg, Hannes/Richter, Thomas (2008): Nur ein Intermezzo? Zum Scheitern der Demokratisierung in Mauretanien, GIGA Focus Nahost, Nr. 11.

Basedau, Matthias (2003): Erfolgsbedingungen von Demokratie im subsaharischen Afrika. Ein Vergleich ausgewählter Länder, Opladen.

Erdmann, Gero/von Soest, Christian (2008): Diktatur in Afrika, GIGA Focus Afrika, Nr. 8.

Köllner, Patrick (2008): Autoritäre Regime – keine weltweit aussterbende Gattung, sondern eine wachsende Herausforderung, GIGA Focus Global, Nr. 6.

Köllner, Patrick (2008): Autoritäre Regime in Asien: Allgemeine Trends und jüngere Entwicklungen, GIGA Focus Asien, Nr. 12.

IMPRESSUM

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika und Nahost sowie zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. GIGA *Focus* Afrika wird vom GIGA Institut für Afrika-Studien redaktionell gestaltet. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Das GIGA und die Autoren können für die Richtigkeit und Vollständigkeit sowie für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben, nicht haftbar gemacht werden; die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Wurde in den Texten für Personen und Funktionen die männliche Form gewählt, ist die weibliche Form stets mitgedacht. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.

Redaktion: Gero Erdmann; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Vera Rathje; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Afrika-Studien